

Die Handelskammer und der Klassenkampf von oben

Im Gegensatz zu früher, wenn der Handelskammer weniger nahestehende Sektionen der bürgerlichen Einheitspartei die Regierung stellten, wird heute keine der politischen Entscheidungen, die der Wirtschaftsentwicklung wie den Budgetzahlen zugrunde liegen, in Frage gestellt. Das ist halt so, das muß so sein.

Wer zwar Aufrüstung als heutige Notwendigkeit bedauert, aber doch nur davon profitieren möchte, muß halt anderweitig sparen, da sonst die Staatsschuld davonläuft, die Zinsen darauf zu einer richtigen Belastung werden und die heilige Kuh »Triple A« in Gefahr gerät. Denn das Problem mit der Rüstung ist es ja, daß da im Gegensatz zu anderen Infrastrukturen wie Schulen, Kultur- und Sportzentren, Straßen und Brücken oder Energie- und Kommunikationsnetze kein langfristiger Nutzen für die Gesellschaft entsteht.

Ein jahrzehntealtes Thema der Handelskammer ist das Klagen über die Konkurrenz des öffentlichen Dienstes für den Privatsektor um die Arbeitskraft des Bevölkerungsanteils mit Luxemburger Staatsbürgerschaft. Es ist unbestreitbar ein Problem und ein Warnhinweis für die Wirtschaftslage, wenn festgestellt wird, der Zuwachs an Arbeitsplätzen komme heute fast ausschließlich aus dem öffentlichen Sektor, während andernorts, besonders am Bau und in der Industrie, Arbeitsplätze verschwinden.

Aber es ist unehrlich, nur über eine Zunahme von 2016 auf 2024 der Vollzeitarbeitsplätze beim Zentralstaat von 42 Prozent zu klagen, was die Lohnkosten von 6,7% des BIP in den Konten 2015 auf 8% 2024 gesteigert hat bzw. von 22,9% der Gesamtbudgetausgaben auf 23,7%.

Denn da müßte auch gesagt werden, in der fraglichen Zeit sei die Zahl der Arbeitsplätze wie die anwesende Bevölkerung im Land gewachsen. Bei den Arbeitsplätzen sind das laut offiziellen leicht zugänglichen Statec-Zahlen +28,5% von 410.452 auf 527.649 und bei den Einwohnern +18,35% von 576.249 auf 681.973.

Zugegeben, das sind keine 42 Prozent, aber leider haben Luxemburger Beamte heute nicht mehr nur Luxemburg zu verwalten, sondern sind zudem überbeschäftigt mit dem Schreiben von Gesetzen für die Umsetzung von EU-Direktiven und die Ausführungsbestimmungen für EU-Reglemente. Das frisst sehr viel Zeit, und man kann nicht einerseits klagen über oftmals lange Fristen, bis es zur Umsetzung in nationales Recht kommt, ja übers immer wieder eintretende Nichteinhalten von der EU gesetzter Fristen durch verspätetes Umsetzen, wenn das mit der Forderung verbunden wird, es sollten Pensionsabgänge nicht ersetzt werden.

Denn die von der Handelskammer als Überregulierung zu Recht beklagten Folgen für unproduktive Verwaltungstätigkeit in den Betrieben hat auch ähnlich negative Folgen für den Beamtenapparat, wo selbst nachträgliche Vereinfachungen in den am Weg be-

findlichen Omnibus-Direktiven, was dann wieder von etlichen heftig befehdet wird, schaffen zusätzliche Arbeit für Gesetzesverfasser. Luxemburg hat da leider jede Souveränität verloren angesichts des EU-Apparat, dem na sich unterworfen hat und der von einer Regulierung zur nächsten schreitet.

Wenn die Auswirkungen nicht passen, der dürfte nicht nur die Folgen beklagen, sondern müßte eine Änderung bei der Regulierungswut fordern, bei der es längst nicht mehr um Krümmungswinkel bei Obst und Gemüse geht, und für eine Renationalisierung vieler Bereiche eintreten. Das aber tut die Handelskammer nicht.

Gürtel enger schnallen für Normalsterbliche

Als Ausweg aus der Misere sieht die Handelskammer nur die Möglichkeit, es müßten Beamtenposten mit der Digitalisierung eingespart werden und ansonsten müßten die Bürger den Gürtel eben enger schnallen in diesen Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs. Da der Weg noch nicht gefunden ist, der es erlauben würde, mit künstlicher Intelligenz und Algorithmen ein Umsetzungsgesetz für eine Direktive zu schreiben, und da dies wohl auch auf Dauer ausbleibt, müssen die Normalsterblichen den Gürtel wohl umso enger schnallen.

Das wird aber nicht direkt gesagt, sondern etwa mit Generationengerechtigkeit verbrämt, wenn Generaldirektor Thelen fordert, alle müßten für ein dauerhaft finanzierbares Pensionssystem ihren Beitrag leisten, wobei das für ihn die in Lohnarbeit, der Staat und die in Pension sind, aber die Betriebe nennt er dabei nicht. Daß weniger Pensionseinkommen diesen Menschen auch nur erlaubt, weniger Geld beim Handel und bei den Handwerkern auszugeben, wird elegant vom Tisch geweht mit der Bemerkung, in der offenen Luxemburger Wirtschaft werde sowieso von den Menschen nicht alles so ausgegeben, daß die Wirtschaft hierzulande etwas davon hat. Wenn die Leute also zum Beispiel weniger Steuern zahlen müßten durch die Anpassung der Steuertabellen an einen Teil der Inflation, so seien sie mehr in Urlaub gefahren oder hätten sich einen größeren Fernseher gekauft. Wirklich wahr!

Insofern wird auch kritisiert, daß die einheitliche Steuerlase bei der angekündigten Reform 800 bis 900 Millionen Euro kosten werde, wobei die korrekte Formulierung wäre, das würde zu derartigen Mindereinnahmen beim Staat führen bei gleichbleibenden Einkommen der Haushalte, die dann aber dieses Geld mehr zur Verfügung hätten für ihre Lebenshaltungskosten, wovon aber die Wirtschaft profitiert.

Nicht so richtig in diese Klage paßt übrigens die Meldung aus dem Finanzministerium, die teilweise Anpassung der Steuertabelle an die Inflation habe nicht zu einem niedrigeren Ergebnis der eintrudelnden Lohnsteuer geführt, weil die Lohnmasse wuchs.